

REGARDS

CO₂-BILANZIERUNG IM KLIMABÜNDNIS

Reden, bauen, rechnen

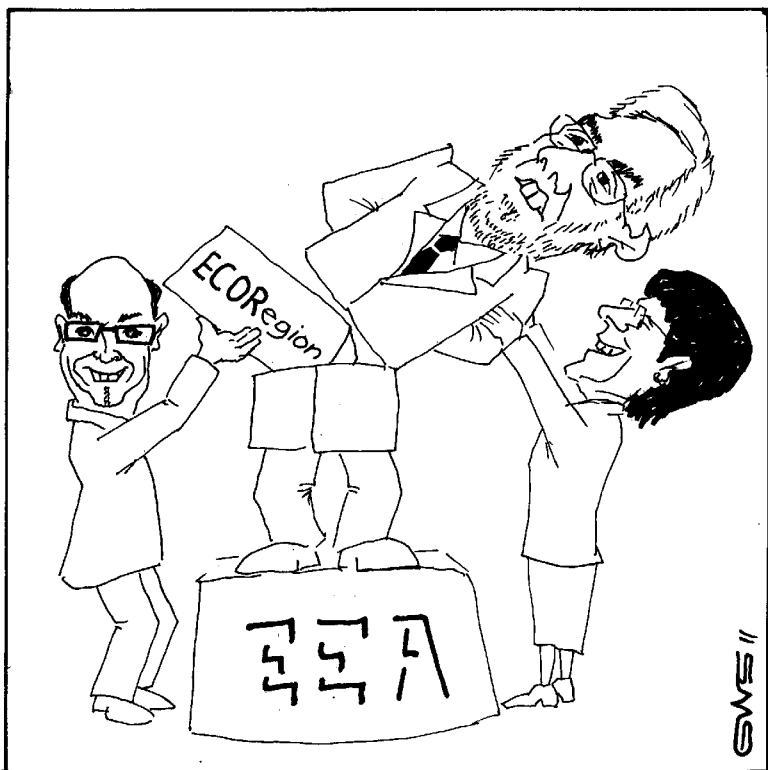
Raymond Klein

Die Mitgliedschaft im Klimabündnis soll von einer Absichtserklärung zu einer nachprüfbaren Verpflichtung werden. Die zu diesem Zweck neu eingeführte CO₂-Bilanzierung kann politische Orientierungen in Frage stellen - bei manchen wird es allerdings länger dauern.

„Mit dieser Technik bekommt man einen Überblick über die Auswirkungen der Einzelaktionen beim Klimaschutz“, erläutert Monique Lefin vom Klimabündnis den Vorzug der neuen Software zur kommunalen CO₂-Bilanzierung. „Bisher wurde hier was gebaut und da was subventioniert. Nun können die Gemeindeverantwortlichen Abstand gewinnen und sehen, was sich wirklich verändert.“ Dass die im Klimabündnis zusammengeschlossenen Luxemburger Gemeinden sich die Möglichkeit geben, die Entwicklung ihrer CO₂-Emissionen zu verfolgen, ist überfällig. Denn mit ihrem Beitritt zum europäischen Netzwerk haben sie sich im Prinzip verpflichtet, den Ausstoß des Treibhausgases alle fünf Jahre um zehn Prozent zu verringern. Eine solche Verpflichtung hat aber nur Sinn, wenn ihre Einhaltung kontrolliert werden kann - sonst würde sich das Klimabündnis dem Vorwurf aussetzen, Greenwashing für LokalpolitikerInnen zu betreiben.

Der Ansatz, Klimaschutz auf kommunaler Ebene zu thematisieren, ist komplementär zur Klimapolitik auf nationaler und internationaler Ebene, wo ein wenig über die Köpfe der BürgerInnen hinweg diskutiert und verhandelt wird. Lokale CO₂-Zielsetzungen sensibilisieren die Menschen auf eine andere Art und Weise für die Problematik: Sie motivieren zur Nutzung der Potenziale vor Ort - und können den Blick auf strukturelle Unzulänglichkeiten lokaler und nationaler Klimapolitik lenken. Darüber hinaus setzt sich das Klimabündnis auch für den Schutz der Regenwälder ein, unter anderem durch Partnerschaften mit NGOs in den Entwicklungsländern.

In Luxemburg wurde das Klimabündnis im Jahre 1995 mit Unterstützung der NGOs „Mouvement écologique“ und „Action solidarité Tiers Monde“ ins Leben gerufen. Mittlerweile umfasst das Netzwerk 35 Gemeinden, in denen zwei Drittel der Landesbevölkerung leben. Würden die Mitglieder die Vorgabe von „zehn Prozent alle fünf Jahre“ einhalten, so wäre es Luxemburg ohne weiteres möglich, seine CO₂-Emissionen bis 2030 um 30 Prozent zu senken. Allerdings setzt das Klimabündnis als zweites Ziel, in jedem Fall bis 2030 die Emissionen gegenüber dem Wert von 1990 zu halbieren - ob die



Zufrieden mit dem, was „ECOregion“ anzeigt. Paul Polfer und Monique Leffin vom Klimabündnis.



FOTOS: RK

Luxemburger Gemeinden das wohl erreichen?

„Da wir nationale CO₂-Mittelwerte für die einzelnen Posten berechnet haben, steht keine Gemeinde am Beginn vor einem leeren Blatt“, erläutert Paul Polfer vom Mouvement écologique, der ebenfalls die Klimabündnis-Aktivitäten betreut, das Vorgehen. „Danach setzen wir die spezifischen Werte der Gemeinde ein, soweit sie bekannt sind. Idealerweise kann man den CO₂-Ausstoß der vergangenen Jahre berechnen und eine Entwicklung über die letzten 15 Jahre nachzeichnen“. Bisher wurde dies in drei Pilotgemeinden durchexerziert. Das Klimabündnis Luxemburg plant, ab dem Herbst jedes Semester in drei bis vier Gemeinden die Bilanzierung einzuführen. Zusätzlich soll das nationale Berechnungsmodell weiter verfeinert werden.

Traktoren statt Tanktourismus

Entwickelt wurde die „ECO-Region“-Software von der Schweizer Firma Ecospeed, und im Alpenstaat ist sie seit 2005 im Einsatz. Europaweit kommt sie in über 300 Gemeinden zur Anwendung, vor allem in Deutschland. Die Nutzungsgebühren sind nach Gemeindegröße gestaffelt und betragen zwischen 350 und 2.000 Euro pro Jahr. Das Lu-

xemburger Klimabündnis stellt den Gemeinden die Software im Rahmen ihrer Mitgliedschaft gratis zur Verfügung.

Sind die Energieverbrauchs- und Emissionszahlen erst einmal erfasst, so lassen sie sich auf vielfältige Art anzeigen. Zum Beispiel kann man sehen, wie sich der primäre Verbrauch der verschiedenen Energieträger, von Kohle bis Atom, über die Jahre hinweg entwickelt. Neben dem CO₂-Ausstoß pro Einwohner wird auch der Ausstoß pro Arbeitsplatz berechnet. Das ist insofern wichtig, als die direkte Klimawirkung der in der Gemeinde ansässigen Betriebe mitberechnet wird. Der CO₂-Ausstoß der Einpendler dagegen wird nicht erfasst, weil nur die in der Gemeinde immatrikulierten Fahrzeuge in die Berechnung einbezogen werden.

Auch das kann zu überraschenden Ergebnissen führen. „In einer Pilotgemeinde hatten wir eine erstaunlich hohe Zahl von landwirtschaftlichen Nutzfahrzeugen, deren pauschal gerechneter hoher Verbrauch die Bilanz verschlechterte“, erzählt Paul Polfer. Zuerst habe man an Briefkastenfirmen gedacht. „Die Erklärung aber war: Die Fahrzeuge gehören dem dort ansässigen Traktoren-Oldtimerverein!“ So versucht das Klimabündnis schrittweise, die Methodologie zu verbessern.

„Die Basis unserer Bilanzierung ist der Verbrauch durch das Territorium“, präzisiert Monique Leffin. Diese von der Kyoto-Bilanzierung abweichende Methode hat den Vorteil, dass der importierte Strom erfasst wird. Damit werden Klimaschutzmaßnahmen in diesem Bereich sichtbar, wenn zum Beispiel eine Gemeinde ihren Ökostrombezug erhöht oder die Eigenproduktion aus erneuerbaren Quellen fördert. Auch der Stromverbrauch der luxemburgischen Industrie, der in der nationalen Kyotobilanz kaum auftaucht, wird so erfasst. „Die Energiebilanz der Industrie ist, so gesehen, weniger glorreich, als sie manchmal dargestellt wird“, kommentiert Polfer.

Allerdings klammert das Berechnungsprinzip „Verbrauch durch das Territorium“ den Tanktourismus aus. Das mag zur Akzeptanz des Projekts bei manchen PolitikerInnen beitragen, verfälscht aber das von der Bilanzierung gezeichnete Bild – schließlich trägt der „Treibstoffexport“ einiges zum Prosperieren von Wirtschaft und Sozialstaat in Luxemburg bei. Für Gemeindeverantwortliche ist es schwer nachzuvollziehen, warum zum Beispiel der in Schifflingen produzierte – und ebenfalls exportierte – Stahl angerechnet wird, nicht aber der in Schengen verkaufte Sprit. Andererseits gilt natürlich, was Polfer anführt:

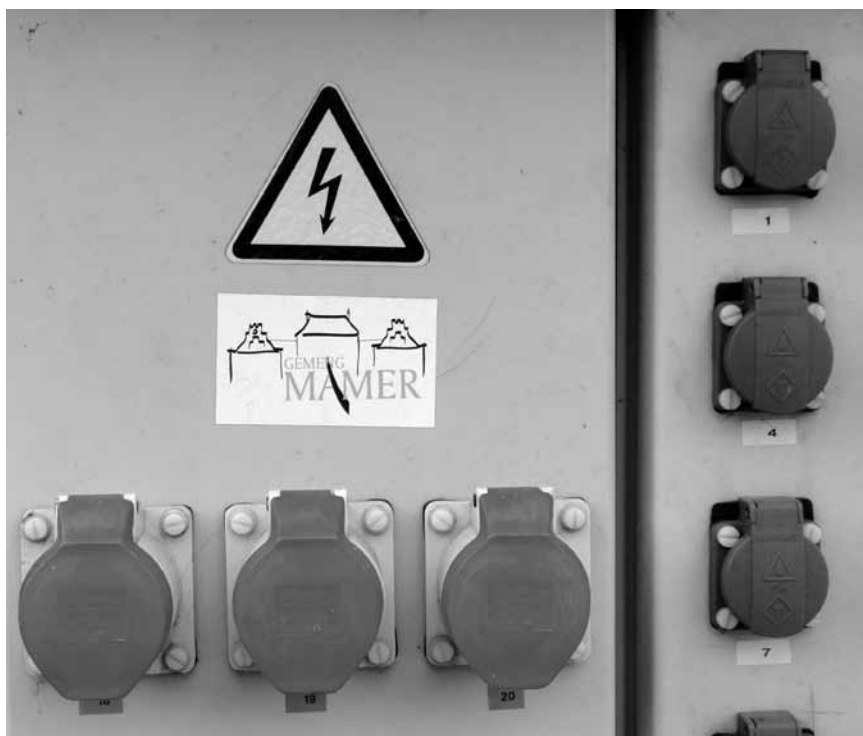
„Jedes Bilanzierungs-Prinzip hat seine Schwächen.“

Sonne und Schatten in Mamer

Gemeinden, die nicht Mitglieder des Klimabündnisses sind, können im Rahmen des Klimapakts aktiv werden. Diese, von Nachhaltigkeitsminister Marco Schank geschaffene Initiative basiert auf dem „European Energy Award“. „Dazu gehört zwar auch eine Bewertung, doch wird die nur aufgrund von qualitativen Kriterien, nicht durch eine quantitative Bilanzierung vorgenommen“, stellt Leffin klar. „Dass den noch nicht klimapolitisch aktiven Gemeinden der Start möglichst einfach gemacht wird, finden wir erst einmal gut“, unterstreicht Paul Polfer. „Aber die Anforderungen müssen über die Jahre steigen, und mittelfristig sollte auch eine quantitative Bilanzierung vorgenommen werden.“ Am Besten mit der Ecoregion-Software, findet Polfer, denn diese sei als Monitoring-Tool anerkannt – was zum Beispiel eine Vorbedingung dafür sei, in den Genuss bestimmter EUDarlehen zu kommen.

Für die Klimabündnisgemeinden stellt die Bilanzierungs-Software jedenfalls keine reine Selbstbestätigung dar. „Wir waren von dem Mamer Ergebnis erst einmal geschockt“, gesteht Alfons Schmid, Gemeinderat und Prä-

THEMA



Umsteigen auf grünen Strom lohnt sich. Seit dem 1. August gewährt die Gemeinde Mamer Haushalten eine einmalige Prämie von 50 Euro.

sident der Umweltkommission. In der Tat: Der CO₂-Ausstoß pro Einwohner liegt etwa ein Drittel über dem nationalen Mittelwert. Die Bilanzierung habe bewusst gemacht, dass bisher fast ausschließlich auf den Energieverbrauch von Privathaushalten und Gemeindeeinrichtungen geachtet wurde, meint Schmid. „Doch da liegen wir gut! Es ist der wirtschaftliche Sektor, der den Ausstoß in die Höhe treibt.“ In der Tat besitzt Mamer eine attraktive Industriezone, in der auch energieintensive Firmen ansässig sind. „Wir müssen sehen, was die Wirtschaft machen kann“, sagt Schmid, und fügt hinzu: „Das ist nicht einfach. Wir sind natürlich erst mal froh über jeden Betrieb, der hierher kommt.“

Zahlen zum Ausstoß will er nicht nennen - der Gemeinderat soll diese zunächst untersuchen. Doch er legt eine nach Sektoren gelb, grün und blau eingefärbte Balkengrafik vor: Man erkennt, dass die Haushalts-emissionen gegenüber 1995 sinken - wenn auch nicht um zehn Prozent alle fünf Jahre. Erfreulich ist vor allem der Knick ab dem Jahr 2004: Seither fällt der CO₂-Ausstoß pro Einwohner in Mamer.

Aber hierfür hat die Gemeinde auch einiges getan. Schmid zählt auf: Sonnenkollektoren auf den Dächern der Gemeindegebäude, Feuerwehrentrale mit Pellets-Heizung, neue Schule mit Wärmepumpe ... Auch im Bereich Mobilität reichen die Maßnahmen von der Linie 222 mit Busspur bis zur Einführung des Pedibus, also des gemeinsamen und eskortierten Zu-Fuß-Gehens von Schulkindern.

Besonders stolz ist Schmid auf das Blockheizkraftwerk, das nicht nur die Gemeindegebäude mit Energie beliefert: „Wir konnten das Josy-Barthel-Lyzeum überzeugen, sich anzuschließen, obwohl dort ursprünglich eine eigene Heizung geplant war.“

Und sie bewegt sich doch!

Die Bilanzierung im Rahmen des Klimabündnisses legte offen, wie wenig über die Details des Energieverbrauchs bekannt ist. „Die Zahlen sind vorhanden, doch bisher fühlte sich niemand verantwortlich, sie auszuwerten“, so Schmid's Eindruck. Auf Anfrage bekommen die Gemeinden aber jetzt Informationen von so diversen Stellen wie der Stromnetzfirma Creos und der Technischen Kontrollstation für Fahrzeuge (SNCT). Für die Gemeindegebäude hat Mamer 2008 eine Energie-Buchhaltung eingeführt, die es erlaubt, die Entwicklung des Verbrauchs und die zugrunde liegenden Aktivitäten zu verfolgen - und gegebenenfalls die durch Sanierung erzielten Verbesserungen aufzuzeigen.

„Bei der Renovierung der Nicolas-Frantz-Halle bekamen wir einen Schreck, weil der Verbrauch anstieg“, erzählt Schmid. Es stellte sich heraus, dass die Sanierungsarbeiten energieintensiv waren, danach pendelte sich der Energiekonsum auf einem niedrigeren Niveau ein. Solche Aha-Effekte verdeutlichen, wie wenig vielerorts auf die Verbrauchsdaten geachtet wird. „Die Verantwortlichen in der Gemeinde sollen mit den Gebäuden so umgehen wie mit ihren Energierechnungen zuhause“, findet

Schmid. Dafür gibt es jetzt in Mamer einen Energie-Beauftragten, der die Runde der Dienststellen macht, um die Verantwortlichen fürs Energiesparen zu sensibilisieren.

„Wir sind auf der richtigen Schiene“, so lautet die Schlussfolgerung des Gemeindepolitikers Alfons Schmid aus dem Ergebnis der CO₂-Bilanzierung. Mamer biete eine sehr hohe Subventionierung für die Sanierung von Häusern an und habe jetzt auch eine Prämie von 50 Euro eingeführt für Haushalte, die auf grünen Strom umsteigen. „Leider werden die Fördermaßnahmen nicht so gut angenommen, wie man wünschen würde“, bedauert Schmid. Die Gemeinde versucht, auf die Skepsis der Bürger einzugehen: Eine sparsame LED-Strassenbeleuchtung soll erst einmal in einem Neubaugebiet ausprobiert werden. „Bevor wir das flächendeckend einführen wollen wir sehen, wie die Leute es akzeptieren.“ Auch beim Hausbau tun sich die Leute schwer mit der neuesten Technologie, stellt Schmid fest: „Es gibt Vorbehalte gegenüber Passivhäusern. Die Luxemburger wollen lüften und am Hahn drehen können ...“ Was dazu führen kann, dass man Quasi-Passivhäuser durch eine - ökologisch angelegte - dezentrale Wärmeversorgung ergänzt. „Das ist energiepolitisch aber nicht unbedingt sinnvoll“, sorgt sich Schmid.

Ob die CO₂-Bilanzierung im Rahmen des Klimabündnisses helfen

kann, Fehlentwicklungen zu vermeiden? Monique Leffin setzt auf das Monitoring, um das wahllose Aneinanderreihen von Ökoproyekten zu stoppen. „Nicht jede Gemeinde braucht ein neues Öko-Schwimmbad, und sei es noch so energieeffizient.“

Sollte es gelingen, den Blick der Gemeindeverantwortlichen fürs Ganze zu schärfen, so wäre dies ein großer Erfolg. Dass die CO₂-Bilanzierung auf lokaler Ebene zu einem Bewusstsein für Veränderungen auf nationaler Ebene führt, war bei den Gesprächen nicht zu erkennen. Dinge wie die Erhöhung der nationalen Einsparziele bis 2030 oder die Lenkungswirkung der Spritpreise werden durch die lokalen Bilanzen derzeit nicht thematisiert - ebensowenig wie die Idee der Suffizienz auf niedrigem Verbrauchsniveau, wie sie von der Transition-Towns-Bewegung propagiert wird (woxx 1118). Das liegt vermutlich auch daran, dass der CO₂-Ausstoß in Luxemburg enorm hoch ist - und damit auch das Potenzial, in den nächsten Jahren relativ schmerzlose Einsparungen vorzunehmen. Erst danach dürfte die Bilanzierung dazu führen, dass wirklich heikle Fragen angesprochen werden. Paul Polfer ist jedoch optimistisch: „Es gibt eine Bereitschaft, sich fundamentale Fragen zu stellen. Wir stehen erst am Anfang des Prozesses.“

www.klimabuendnis.lu

Nicht unzufrieden mit der CO₂-Bilanz. Der Präsident der Mamer Umweltkommission Alfons Schmid wünscht sich, dass noch mehr Leute die Fördermaßnahmen nutzen.

